

# **FWG bringt Jugendvertretung ins Gespräch**

## **FWG bringt Jugendvertretung ins Gespräch**

"Warum sollten die Jugendlichen im Ort kein Recht darauf haben, bei wichtigen Vorhaben mitreden zu dürfen", war die Frage, die man sich innerhalb der Freien Wählergruppe "Bürger für Bürger" (FWG) stellte. In der Gemeindeordnung findet sich hierzu auch eine Regelung, die das ermöglicht. Danach kann in einer Gemeinde aufgrund einer Satzung eine Jugendvertretung eingerichtet werden. Der Antrag wurde inzwischen auch eingebracht, der an den Jugend- und Sozialausschuss zur Vorbereitung weitergeleitet wurde. Dort soll nun in einem ersten Schritt geprüft werden, ob die Jugendlichen Interesse haben und bereit sind, sich einzubringen. Die Möglichkeit der Mitbestimmung kann dabei unterschiedlich ausfallen: Das Spektrum erstreckt sich von einem sehr formalen "Kinder- und Jugendparlament" über einen "Kinder- und Jugend(bei)rat" bis hin zur nur schwach strukturierten "Kinder- und Jugendkonferenz". Sollte bei den Jugendlichen Interesse an einer Mitwirkung bestehen, so kann dann in einem nächsten Schritt eine Jugendvertretung eingerichtet werden, falls die Mehrheit der Ratsmitglieder dafür stimmt.

In gleicher Weise sollen auch ältere und behinderte Mitbürger die Möglichkeit erhalten, ihre Belange einzubringen. Hier hat man sich mit den anderen Fraktionen im Jugend- und Sozialausschuss darauf verständigt, den entsprechenden Antrag der FWG zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln. "Dieses Vorgehen halten wir für vertretbar", so Thomas Caspers von der FWG, "weil zum Einen die Gemeinde bei ihren Vorhaben bereits jetzt stets prüft, ob die Belange älterer und behinderter Menschen hinreichend berücksichtigt werden (Stichwort: Barrierefreiheit), zum Anderen eine vergleichbare Interessenvertretung bereits im Alten- und Pflegeheim existiert, die unbedingt mit ins Boot genommen werden sollte. Hier sind noch Gespräche zu führen."